

Männer
Nachtsfeier
im Vereins-
Saalöffnung
20 Fig.
aus der
te u. a.
ng des Welh-
Kinder.
tritt 5 Pfg.
Ausschub.
1923.
en und
Nachricht
unserer
Schwä-
bler
herem
zu ver-
eben:
er,
rida,
hardt.
ember,
n.
1923.
nahme,
teuren
Danke
ntlie.
1923.
nahme
teuren
+
sondere
die Be-
reichen
benzell
shauen
enheim
nna des
glichen
enen.
bwäiche
den
kleider
ke
n
thenden
ergestellt
enk
Salz.

Calmer Tagblatt

Nr. 294 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Verrechnungswiese: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Seite 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pf., Reklamen 20 G. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Samstag, den 15. Dezember 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 600 Milliarden Mf. wöchentlich. Postbezugspreis 600 Milliarden Mf. ohne Trägerlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reichsregierung hat die Zahl der Arbeitsstunden für die Beamten auf höchstens 54 in der Woche festgesetzt.

Die furchtbare Finanzlage des Reichs zeigt sich darin, daß die am 17. Dezember fälligen Gehälter für die Reichsbeamten nur zur Hälfte ausbezahlt werden können.

Der angekündigte Schritt der deutschen Regierung, bei den alliierten Mächten nun auf direkte Verhandlungen über das gesamte Reparationsproblem zu dringen, hat in Paris sehr kühle Aufnahme gefunden. Aus offizieller französischer Quelle verlautet, daß man sich wohl gegen direkte Verhandlungen nicht sperren werde, daß man aber die Aufrollung der Frage der Reichsmöglichkeit der Befehung des Ruhrgebiets nicht zulassen werde. Das Ruhrgebiet werde ebenfalls nur nach Maßgabe der geleisteten deutschen Zahlungen geräumt werden. Dagegen würde man einer „Verpachtung“ des westfälischen Industriegebiets nicht abgeneigt sein. Was das bedeuten soll, darüber liegen keine Kommentare vor.

Die württ. Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Zahl der Abgeordneten des Landtags von 101 auf 72 herabsetzt.

Der neue Abschnitt in der Reparationsfrage.

Der Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes hatte Poincaré veranlaßt, trotz seiner Versprechungen — Versprechungen sind für die Franzosen dazu da, nicht gehalten zu werden — den Verkehr im Ruhrgebiet und in den andern besetzten Gebieten wieder in Gang zu setzen, die Wiederaufnahme der Arbeit und des Eisenbahnverkehrs mit allen Mitteln französischer Niedertracht zu hintertreiben, weil er hoffte, die Finanzkatastrophe im Innern des Reichs, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die unerträglich gesteigerte Teuerung und die politischen Gegenstände würden das Uebrige tun, die systematisch verfolgte Zertrümmerung des deutschen Reichs herbeizuführen und damit das Endziel, die Losrennung des Rheinlandes von Deutschland zu erreichen. Deshalb weigerte sich Poincaré, direkt mit der deutschen Regierung zu verhandeln, um so die Ruhr- und Rheinbevölkerung weiter droffeln zu können, deshalb suchte er die Arbeitgeber des besetzten Gebiets gegen die Arbeitnehmer auszuspielen, und umgekehrt, deshalb wünschte er mit den örtlichen Stellen der Reichseisenbahn zu verhandeln, deshalb ließ er seine Räuberbanden ruhig weiter die Reichsbankstellen berauben, damit diese die notwendigen Beamten- und Erwerbslosenunterstützungen nicht ausbezahlen konnten. Und die Unruhen im Innern, die bis zur Siebtheil getriebenen innerpolitischen Auseinandersetzungen waren nur geeignet, Herrn Poincaré von der Wichtigkeit seiner Methoden zu überzeugen, bis die Reinigungsaktion in Sachen und Thüringen, der mißglückte Sittlerputz, die Erklärung des Ausnahmezustandes in ganz Deutschland und die damit zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen die mit Riesenschritten herangenahte Katastrophe noch im letzten Augenblick — vorläufig! — aufgehalten hat. Man hatte angefangen des vollständigen Zusammenbruchs der deutschen Mark schon mit dem Gedanken gespielt, das Rheinland nun durch Hungererregung vollends gefügig machen zu können, und eine Zeitlang schien es auch, als sollte der von einigen führenden Persönlichkeiten als letztes Mittel vorgeschlagene furchtbare Gedanke der „vorläufigen“ Aufgabe des Rheinlands Wirklichkeit werden. Die Begründung dieses Kaditalkmittels ging von der Tatsache aus, daß unsere Finanzwirtschaft, von deren Stabilisierung überhaupt die Möglichkeit eines weiteren staatlichen Lebens abhängig war, nicht auf eine gesunde Basis gestellt werden konnte, solange die Franzosen in den besetzten Gebieten alle Reichsbankgelder beschlagnahmten, und unser größtes Produktionsgebiet lahmlegten. Man wollte also diese Gebiete vom Reich vorerst abriegeln, um den Franzosen die Möglichkeit zu nehmen, den noch selbständig aktionsfähigen unbesetzten Teil des Reichs auch vollends zu ruinieren. Bei „günstigerer Gelegenheit“ sollte dann der gesamte Fragenkomplex wieder aufgerollt werden. Wir haben, als die Frage akut wurde, sofort unsern Besonnenen Ausdruck gegeben, denn es war zu beachten, daß die

Rheinländer schon 3 Jahre unter dem furchtbaren Druck der französischen Soldateska gestanden waren, daß die Bevölkerung gerade im Ruhrkampf unerhörte physische und seelische Leiden zu erdulden hatte, und daß deshalb ernstlich zu prüfen war, wie stark noch die moralische Widerstandskraft gegen die raffinierten Methoden französischer Abtrennungspolitik sei, die selbstverständlich, wenn man das Rheinland finanziell, wirtschaftlich und politisch sich selbst überlassen hätte, noch weitere wirkungsvollere Angriffsflächen erhalten hätte. Und darauf war doch der ganze Angriffsplan Poincarés eingestellt. So war das feste Zugreifen der Regierung Stresemann in 12. Stunde eine Staatsnotwendigkeit, die von allen, denen die Reichseinheit über Partei- und Sonderinteressen steht, gebilligt werden muß. Zweifello hatten die Vertreter der besetzten Gebiete auch ein ernstes Wort mitgesprochen, daß man so rasch auf den Abriegelungsplan verzichtete. Und die Sanierungsmaßnahmen auf den Gebieten der Verwaltung und der Finanzen, die Erklärung des Ausnahmezustandes, die eine Regulierung der Wirtschaft und des Verbrauchs nach den Gesichtspunkten der gegenwärtig dringenden Staatsnotwendigkeiten begünstigte, und zerstörende politische Auseinandersetzungen ausschaltete, schufen eine gewisse Beruhigung im Innern, die wir zu neuem Atem schöpfen benötigen müssen. Denn der Endkampf nimmt jetzt erst seinen Anfang.

Nachdem die angelsächsischen Staaten durch ihre „freundschaftliche Neutralität“ gegenüber dem französischen Ruhrverbrechen, das gegen alles Völkerrecht und vor allem gegen die Bestimmungen des Versailler „Vertrags“ verstieß, auch ihr wirtschaftspolitisches Kriegsziel der wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung Deutschlands erreicht hatten und damit ihr Hauptziel der Ausschaltung der deutschen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt und der Kontrolle derselben im Sinne der Vorgänge bezüglich Chinas und der Türkei auf diese Weise der Verwirklichung näher gebracht hatten, konnten sie ruhig wieder einen Schritt zur „Ausöhnung“ der Gegenstände in Europa machen, und so erfolgte denn auch auf englische Anregung der schon seit 2 Jahren ventilirte amerikanische Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen, und die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme festsetzen sollte. Der amerikanisch-englische Vorschlag war Herrn Poincaré, obwohl er dies natürlich nicht eingestand, recht willkommen, denn erstens bereitete ihm die Fortführung des Gewaltakts am Rhein Schwierigkeiten, weil die „Verwaltung“ das gesamte Gebiet verkehrts, wirtschafts- und ernährungstechnisch zugrunde gerichtet hatte, und die Bevölkerung keinen Abtrennungsabsichten trotz der Inzenierung der „Sonderbündler“-Putsch nicht entgegenkam, zweitens wirkte die Brutalität dieser Bluthundewirtschaft auf die öffentliche Meinung der Welt sehr schlecht, wenn die französische Gegenpropaganda auch dagegen mit neuen Lügen über Deutschland anzulaufen versuchte, und schließlich gewann die Opposition in Frankreich gegen dieses Unternehmen in dem Grade an Stärke, als die versprochenen positiven Erfolge ausblieben. Aber ein glänzender Taktiker wie Poincaré ließ sich durch diese Summe von Widerständen nicht aus der Ruhe bringen, die angelsächsischen Scheinmanöver — das wußte er — hatte er nicht allzu ernst zu nehmen, und die innere Opposition, die ihn zweimal hart vor ein Mißtrauensvotum im Senat und in der Kammer brachte, machte er mundstill mit dem Hinweis auf das „nationale Ziel“, das er verfolgte. Der amerikanische Vorschlag wurde nun abgelehnt, mit der Begründung, daß Frankreich die im Versailler „Vertrag“ garantierten Rechte der Reparationskommission an den Sachverständigenausschuss nicht abtrete, daß die französische Regierung daher nur Sachverständige zulassen könne, die von der Reparationskommission ernannt worden seien, und daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nur für die gegenwärtige Zeit festgestellt werden solle, denn Frankreich könne einer Herabsetzung des Gesamtbetrags der 1921 beschlossenen Reparationsschuld Deutschlands nicht zustimmen. Man tat in Washington und London ob dieses französischen Standpunktes zuerst sehr erstaunt und beleidigt, die Verhandlungen wurden aber trotz der Behauptung, daß Amerika sich ganz von den europäischen Angelegenheiten zurückziehen werde, fortgeführt, und so endete man schließlich bei dem Kompromiß, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zwar nicht offiziell an den von Frankreich vorgeschlagenen Sachverständigenausschüssen teilnimmt, dafür aber nichts dagegen einzuwenden hat, wenn ein amerikanischer Sachverständiger in privatem Charakter sich an den Vortragen der Stabilisierung der deutschen Währung und der Ausfuhrung des ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitals beteiligt.

Inzwischen hatte auch das Kabinett Baldwin durch sein dauerndes Lavieren im Innern Englands und in der öffentlichen Meinung der Welt jeden moralischen Kredit verloren, und so konnte man die weitere außenpolitische Passivität, die man zu Gunsten des französischen Freundes auch fernerhin mit Erfolg auszuüben trachtete, nicht besser verhehlen als durch die Konstruktion einer innerpolitischen Krise und die Auflösung des Parlaments, über die Liberale wie Arbeiter sagten, daß überhaupt kein Grund dafür vorhanden gewesen sei. Und tatsächlich war die konservative Parole der Errichtung von Schutzgöllen, die nebenbei bemerkt, in erster Linie gegen die deutsche Konkurrenz gerichtet war, auch nur ein Bluff für die Außenwelt, denn die Konservativen wußten natürlich genau, daß sie in diesem Zeichen nicht liegen würden. Der Ausfall der Wahlen hat denn auch den Konservativen eine schwere Wunde gebracht, die in außenpolitischer Hinsicht, wie wir von Anfang an betont hatten, aber keinerlei Veränderungen der englischen Richtlinien zur Folge haben wird. Das geht schon daraus hervor, daß auf die in der französischen Presse geäußerten Befürchtungen sowohl die Führer der Liberalen wie der Arbeiterpartei sich beiläufig haben zu erklären, daß die Freundschaft gegenüber Frankreich selbstverständlich nicht aufgegeben werde, nur müsse die französische Regierung der englischen Politik etwas entgegenkommen. Bezeichnend ist aber besonders, daß keine der Oppositionsparteien bis jetzt die Absicht kundgegeben hat, die absolut genommen in die Minderheit gedrängte Regierung Baldwin zu stürzen, ja daß aus den bisherigen parteioffiziösen Erklärungen zu entnehmen ist, daß man die Regierung vorerst weiter arbeiten lassen will.

Ob nun England und Amerika nach dem Erfolg der Destabilisierung Deutschlands endlich doch auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage drängen werden, direkt oder indirekt, wird nicht so sehr von der Haltung Frankreichs abhängen, als vielmehr von dem Grade der Widerstandskraft, den das deutsche Volk den heute noch unentwegt fortdauernden Abtrennungsplänen Poincarés entgegenzusetzen vermag. Die deutsche Regierung scheint nun nach der vorläufigen Beruhigungsaktion im Innern zur Offensive übergehen zu wollen. Sie will den ausgesprochenen Verschleppungsmanövern Poincarés und seinen Absichten, durch Privatabkommen in den besetzten Gebieten die zentrale Leitung in Berlin auszuschalten, ein Ende machen, und die Alliierten um Einleitung von Verhandlungen über den gesamten Fragenkomplex der Reparations- wie der Rhein- und Ruhrfrage ersuchen. Das Ziel der deutschen Politik muß sein: Befreiung des Rheinlands und Ruhrgebiets von dem seitherigen unerträglichen Druck, Sicherung der staatlichen Zugehörigkeit des Rheinlands zum Reich, sowie Regelung der Reparationsfrage in einer Form, die der deutschen Volkswirtschaft noch Lebensmöglichkeiten läßt. Das zu erreichen wird und muß die nächste Aufgabe der deutschen Regierung sein, und alle Schichten des deutschen Volkes müssen im Interesse des Gesamt- und damit des Einzelwohls sie darin unterstützen durch Zurückstellung aller Sonderinteressen und Festigung der Geschlossenheit nach außen. Dann wird es auch Herrn Poincaré nicht gelingen, die schwer errungene und noch schwerer bis jetzt erhaltene Einheit des Deutschen Reiches wieder zu vernichten. O. S.

Frankreichs „Verhandlungsbereitschaft“.

Paris, 14. Dez. Der diplomatische Mitarbeiter der Havasagentur glaubt angefangen der bevorstehenden Demarche des deutschen Geschäftsträgers die allgemeinen Grundsätze, von denen sich die französische Regierung leiten lassen wird, wie folgt erläutern zu können: Die von der französischen Regierung geforderten Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland sind jetzt nach der vollkommenen Einstellung des passiven Widerstandes erzielt. Man wird also in Paris in keiner Weise dagegen sein, aufs neue direkte Verhandlungen zwischen den beiden Ländern einzuleiten. Alles, was die deutsche Regierung über das Reparationsproblem vorbringen wird, wird mit Interesse aufgenommen werden, jedoch kann die französische Regierung nicht gegen die Prärogativen handeln, die durch den Friedensvertrag von Versailles der Reparationskommission zugesprochen worden sind. Was das Ruhrgebiet betrifft, so wird die französische Regierung nicht zulassen, daß man die Frage der Befehung wieder anschnelbet. Die Minister von Paris und Brüssel würden das Pfand, dessen Besitz jetzt in Folge der deutschen Verfehlungen hätten sichern müssen, nur nach Maßgabe der Zahlungen aufgeben, wie dies schon offiziell angekündigt worden sei. Jedoch sei man in Paris geneigt, sich mit den offiziellen deutschen Vertretern über die Art der Befehung

zu verständigen. Außerdem werde man sich einer Diskussion mit der Reichsregierung über die Verpachtung (1) des westfälischen Industriegebietes nicht widersetzen. Insbesondere könnten die zwischen den deutschen Industriellen und der Micum abgeschlossenen Verträge anlässlich ihrer Wiedererneuerung, die im Monat April erfolgen wird, zum Gegenstand offizieller Verhandlungen zwischen Paris und Berlin gemacht werden. Was die rheinische Frage anbetrifft, deren Behandlung anlässlich der Demarche des deutschen Geschäftsträgers angekündigt worden sei, so handle es sich um eine recht vage Formel. Wenn es sich um die militärische Besetzung handle, so seien durch den Friedensvertrag die Bedingungen hierfür vorgeschrieben, namentlich was die Räumung anbetrifft, die ausdrücklich von der Ausführung der Verpflichtungen abhängig gemacht worden sei. Hier handle es sich um formelle, unantastbare Stipulationen. Für den Fall, daß Deutschland von der rheinischen Separation sprechen wolle, sei es zweifelhaft, ob man französischerseits hierüber eine Diskussion annehmen werde, da es sich um eine innerdeutsche Angelegenheit handle. Frankreich beachte strikte Neutralität (1) in den besetzten Gebieten, habe also in dieses Problem nicht einzugreifen.

Das amerikanische Interesse an Deutschland.

London, 13. Dez. Der Washingtoner Berichtstatter der „Times“ schreibt, es sei bemerkenswert, daß im Weißen Haus erneut hervorgehoben worden sei, daß das amerikanische Interesse an einer Besserung der Lage in Deutschland nicht ganz altruistisch sei. Amerika habe Forderungen an Deutschland in Höhe von 750 Millionen Dollar und der Ruin eines Schuldners sage dem kaufmännischen Sinn eines Landes durchaus nicht zu.

Ausland.

Rücktritt des polnischen Kabinetts.

Berlin, 14. Dez. Die „Bosk. Ztg.“ meldet aus Warschau, daß der polnische Ministerrat einstimmig die Demission des Gesamtkabinetts beschlossen hat.

Holländische Sammlung zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Amsterdam, 14. Dez. Von den verschiedenen zentralen Gewerkschaftsstellen und anderen internationalen Arbeiterorganisationen sind über 200 000 Gulden zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesammelt worden.

Die Beamtenfragen.

Festsetzung der Arbeitszeit für die Beamten durch die Reichsregierung.

Berlin, 15. Dez. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung die Arbeitszeit der Beamten auf höchstens 54 Stunden wöchentlich festgesetzt.

Verzögerung der Gehaltszahlungen für die Beamten.

Berlin, 13. Dez. Das Reichskabinett mußte sich angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Reiches zu seinem Bedauern entschließen, anzuordnen, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten für die 2. Dezemberhälfte nur zur Hälfte an diesem Tage geleistet werden. Es ist in Aussicht genommen, den Rest am 21. Dezember auszusahlen. Die Reichsregierung hat sich zu dieser Anordnung trotz der ihr Bekannten Notlage der Beamten- und Angestelltenschaft gezwungen gesehen, da die Mittel zur rechtzeitigen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz aller Anstrengungen nicht herbeigeschafft werden konnten.

Nur 15 Prozent Beamtenabbau.

Berlin, 15. Dez. Der „Berliner Lokalanzeiger“ teilt mit: Zu der Frage des Beamtenabbaus sind unzutreffende Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt. Wenn davon gesprochen wird, daß 25 Prozent der Beamten entlassen werden sollen, so ist diese Ziffer, wie wir erfahren, zu hoch gegriffen. Es wird sich nur um 15 Prozent handeln, die in drei Staffeln zu je 5 Prozent entlassen werden sollen.

Die Frage der Entlassung der überzähligen Beamten.

Berlin, 13. Dez. Bei den heutigen Verhandlungen des 15er-Ausschusses waren von besonderem Interesse die Beschlüsse über die Abfindung, die die Beamten erhalten sollen, die zur Entlassung kommen müssen. Die Abfindungen werden den Vorschlägen der Regierung gegenüber so erhöht, daß Beamte im zweiten und dritten Dienstjahr das Zweifache des letzten Monateinkommens unter Zugrundelegung der am letzten Tage bezogenen oder ihnen zustehenden Bezüge erhalten, im vierten und fünften Dienstjahr das Dreifache, im sechsten und siebten Dienstjahr das Vierfache, im achten und neunten Dienstjahr das Fünffache, im 10. Dienstjahr das Sechsfache, im 11. Dienstjahr das Siebenfache, im 12. und 13. Dienstjahr das Achtfache, und nach weiteren Dienstjahren das Neunfache. Die Abfindungen sollen auch diejenigen Beamten erhalten, die auf Probe, auf Kündigung oder auf Widerruf angenommen sind, sowie außerplanmäßige oder im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte. Anzusehende Dienstjahre werden voll gerechnet, wenn mehr als sechs Monate verlossen sind. Bei der Auswahl der in den einstweiligen Ruhestand zu versetzenden Beamten soll nicht nach der politischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Betätigung, nicht nach der

Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei, auch nicht nach der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht verfahren werden. Ein Beschluß, der die Beamten wesentlich beruhigen wird, lautet dahin, daß vor der Entlassung, Kündigung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand den Beamten Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden soll. Bezüglich der Einstellungssperre erklärte der Regierungsvorsteher, daß Ausnahmen nur gemacht werden sollen, wenn eine Hinausschiebung der Einstellung mit den dienstlichen Bedürfnissen im Widerspruch stehe. Die gleichzeitige Einstellung einer größeren Anzahl von Personen solle der vorherigen Genehmigung durch den Haushaltsausschuß des Reichstages bedürfen. — Der Ausschuß wird morgen seine Beratungen fortsetzen.

Berlin, 14. Dez. Der 15er-Ausschuß des Reichstages beendete heute seine Durchberatung der einzelnen Bestimmungen der Personalabbauverordnung. Da der Ausschuß nicht bindende Beschlüsse fassen kann, sondern nur gutachtlich gehört wird, muß er sich darauf beschränken, Anregungen der Regierung zu unterbreiten. Er empfahl eine Reihe von Milderungen der Abbauverordnung. So soll bei der Anrechnung des Privateinkommens auf die Versorgungsbezüge der entlassenen Beamten das Vermögen der Frauen außer Betracht bleiben. Für die unteren Beamtenstufen bis zur Besoldungsgruppe 8 soll das Privateinkommen den entlassenen Beamten überhaupt nicht angerechnet werden. Zugunsten der entlassenen verheirateten Beamtinnen wünscht der Ausschuß klare Richtlinien für deren Behandlung und empfahl, auch diesen eine Abfindung zu gewähren. Die Regierung sagte zu, daß bei der Durchführung des Personalabbaus in den gefährdeten Gebieten Rhein und Ruhr, Schlesien und Schleswig-Holstein auf Schule und Kultur besondere Rücksicht genommen werden soll. Auch für die Angestellten verwandte sich der Ausschuß, indem das Maß der Entlassenen auf das dringendste Bedürfnis beschränkt werden soll. Mit der Ueberwachung der Durchführung des Personalabbaus wird ein aus 7 Mitgliedern bestehender Reichstagsausschuß betraut, dem auch die Ausführungsbestimmungen vorgelegt werden sollen. Der Ausschuß vertagte sich auf morgen, um sich dann der 2. Notsteuerverordnung zuzuwenden.

Berlin, 14. Dez. Mit Rücksicht auf die schwere Notlage des Reiches sieht sich die Reichspostverwaltung genötigt, die Zahl der Telegraphenarbeiter im allgemeinen zunächst um 25 Prozent zu verringern. Aus wirtschaftlichen Gründen muß diese Maßnahme schon in aller nächster Zeit durchgeführt werden.

Beamtenprotest.

Berlin, 14. Dez. Das Provinzialkartell Berlin des Deutschen Beamtenbundes veranstaltete gestern Abend Kundgebungen mit dem Thema „Der Existenzkampf der Beamten“. Nach einer lebhaften Aussprache wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der gegen die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen hinsichtlich des Personalabbaus, der Besoldungsgestaltung und des Dienstleistungsmasses protestiert wird.

Die Reichsminister verzichten auf Dienstaufwandsentschädigung.

Berlin, 15. Dez. Angesichts der Notlage des Reiches haben die Reichsminister einstimmig beschlossen, für die Wintermonate auf jede Dienstaufwandsentschädigung zu verzichten.

Deutschland.

Die Frage der Bestellung des neuen Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 15. Dez. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, dürfte der Reichsrat am kommenden Dienstag einen Kandidaten für das Amt des Reichsbankpräsidenten vorschlagen. Die preussische Regierung hat den Währungskommissar Dr. Schacht in Vorschlag gebracht. Das Blatt nimmt an, daß der Vorschlag einer Kandidatur Schacht im Reichsrat eine Mehrheit finden wird.

Die in Aussicht stehende 3. Steuerverordnung.

Berlin, 14. Dez. Ueber die dritte Steuernotverordnung, die in den nächsten Wochen erlassen werden soll, teilen die Blätter mit, daß sie die Erfassung der Installationsgewinne zum Gegenstand haben werde. Es sei eine starke steuerliche Heranziehung der Hausbesitzer und der Obligationsschuldner vorgesehen. Ferner ist eine Mietzinssteuer geplant, die auf den gesamten städtischen Hausbesitz gelegt werden soll. Voraussetzung dafür ist, daß im Laufe des kommenden Jahres die Mieten wieder auf ihre Vorkriegshöhe gebracht werden. Von den Mieterträgen sollen dann wahrscheinlich etwa 50 Prozent an den Fiskus abgeführt werden. Diese Steuer, deren Ertrag unter Zugrundelegung der Vorkriegsmieten zwei bis drei Milliarden Goldmark ausmachen würde, soll den Ländern überlassen werden, die sie wahrscheinlich ganz oder teilweise den Gemeinden zur Verfügung stellen werden.

Der Vorschlag der Lohnsteuer für 1924.

Berlin, 14. Dez. Wie die „Bosk. Ztg.“ mitteilt, dürfte nach dem Vorschlag die Lohnsteuer für 1924 monatlich 72 Millionen Goldmark, also annähernd 900 Millionen Goldmark im Jahre, einbringen, eine Summe, die unge-

fähr den 4. Teil des steuerlichen Gesamteinkommens für das Reich repräsentieren würde.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Dezember 1923.

Zinsen aus württ. Staatsschuldbuchforderungen.

Da die Auszahlung der Zinsen aus württ. Staatsschuldbuchforderungen im Ueberweisungsverkehr unmöglich geworden ist, mußte die Zahlung dieser Zinsen vorläufig, unbeschadet des Rechts der Gläubiger, auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich späterer endgültigen Regelung insoweit eingestellt werden, als nicht die Empfangsberechtigten die Zinsen selbst abholen oder abholen lassen oder die Kosten der Zusendung erlegen.

Schluß der Rede des württ. Staatspräsidenten.

(S. 3.) Stuttgart, 13. Dez. Die gestern nicht mehr in unsern Besitz gelangten Schlusssprechungen des Staatspräsidenten lauten folgendermaßen: Im wirtschaftlichen Leben bringe die Ueberzeugung immer mehr durch, daß nur in der Rückkehr zur Goldwährung die Rettung zu finden sei. Vor allem müsse man verlangen, daß die Grundpreise nicht gesteigert werden dürfen und daß die viel geplagten Kreise der Verbraucher endlich zur Ruhe kommen. Die Reichsregierung verbehalte allen Auswüchsen in der Preispolitik gewisser Kartelle und Syndikate mit rücksichtsloser Energie entgegenzutreten. Die Goldwährung müsse sich auch auf die Löhne auswirken. Friedensgoldlöhne seien allerdings nicht möglich, denn der Krieg lege je länger desto mehr harte Entbehrungen auf. Bezüglich des wertbeständigen Geldes haben es die maßgebenden Berliner Stellen häufig trotz bestimmter Versprechungen an der Berücksichtigung Württembergs fehlen lassen. Bezüglich der Beschaffung eigener wertbeständiger Zahlungsmittel haben wir uns Zurückhaltung auferlegt, denn unsere Wälder wollten wir uns als letzte Reserve des Staatskredits ungeschmälert erhalten wissen. Bezüglich der Schutzpolizei hält die Regierung an dem Grundsatz fest, daß alles, was nicht im Dienst der staatlichen Macht steht, als ungesetzlich und gefährlich für Ordnung und Sicherheit der Auflösung verfallen muß. Der militärische Ausnahmezustand ist keine auf die Dauer mögliche Regierungsform und muß in den völlig ruhigen Bezirken aufgehoben werden, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten. Mit dem Militärbefehlshaber findet ein ausgezeichnetes Zusammenarbeiten statt. Ein Zivilkommissar ist nicht notwendig. Die Diktatur will die Mehrheit des deutschen Volkes nicht über die Bedürfnisse der Wirklichkeit ausgedehnt wissen. Eine Erweiterung der Regierungskoalition in Württemberg schloß bisher unüberwindliche Schwierigkeiten in sich. Staatsvereinfachung und Beamtenabbau sind dringendes Bedürfnis schon im Hinblick auf die trostlose Lage unserer Finanzen. Bei dem Abbauwerk stehen sich die unerlässlichen Forderungen der Finanzlage und die Rücksichten auf die treue, arbeitssame Beamtenschaft gegenüber. Ohne scharfe und bedauerliche Schritte wird die Operation keinen Erfolg haben. Der Staatspräsident kündigte dann noch einen Gesetzentwurf an, wonach künftig auf 35 000 Einwohner statt 25 000 ein Abgeordneter kommen soll, was eine Verringerung der Abgeordnetenzahl um ein Drittel bedeuten würde und sagte zum Schluß, daß er, unbestimmt um persönliche Angriffe, das Wohl aller Stände, aller Teile der Bevölkerung in gleicher und gerechter Weise zur Richtschnur der politischen Entschliebungen machen werde.

*

Alzenberg, 14. Dez. Mehrere in letzter Zeit hier vorgekommene Diebstähle, wobei es die Diebe hauptsächlich auf Schafe, Schweine, Geflügel und Wäsche abgesehen haben, gaben dem Landjägerkommando Veranlassung, einen Polizeiwachtmeister aus Stuttgart mit seinem Hund herbeizurufen. Der Hund nahm die Spur auf, leider verlor er diese sobald er auf den Weg kam unter den Spuren der sonstigen Fußgänger. Es besteht jedoch Hoffnung, daß es doch noch gelingt, den Dieben ihr unsauberes Handwerk zu legen. S. N.

(S. 3.) Stuttgart, 14. Dez. Der Geschäftsführer des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes Theodor Rötter wurde gestern aus der Schutzhaft entlassen, ebenso der kommunistische Landtagsabgeordnete Hans Stetter, der bereits wieder an der Sitzung des Landtags teilgenommen hat.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	733,83 Ma.
1 franz. Franken	226,56 Ma.
1 holl. Gulden	1604 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	1262 Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Märkte.

(S. 3.) Nagold, 14. Dez. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 3 Pferde, 8 Stiere, 1 Fohlen, 20 Kühe, 16 Rinder und trächtige Kalbinnen, 21 Stück Schmalvieh, 110 Läufer- und 148 Milchschweine. Erlöst wurden für eine Kuh 200—300 M (35—40 M für 1 Ztr. Lebendgewicht), für ein Rind bzw. Kalbin 270—450 (45—50), für ein Stück Schmalvieh 120—133 (40—45), für ein Paar Läuferfische 40—160, für ein Paar Milchschweine 16—36 M. Der Handel war gedrückt.

Dritter Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe.

Nach der Steuernotverordnung vom 7. Dezember ds. Js. ist der dritte Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe bis 18. Dezember 1923 zu bezahlen. Eine besondere Aufforderung jedes einzelnen Steuerpflichtigen unterbleibt.

Der Kreis der abgabepflichtigen Personen ist derselbe wie beim letzten Zahlungstermin auf 5. Oktober ds. Js.

Die Abgabe beträgt für natürliche Personen im allgemeinen 0,50 Goldmark für jede volle Tausend Mark der Jahreseinkommensteuerschuld für 1922 wie dieselbe im Steuerbescheid festgesetzt wurde. Liegt jedoch der Einkommensteuerantrag für 1922 ein Geschäftsabschluss vor 1. Juli 1922 zu Grunde, so beträgt der Steuerjahrs 2 Goldmark für jede volle Tausend Mark der Jahressteuerschuld.

Für Erwerbsgesellschaften beträgt die Abgabe bei einem Geschäftsabschluss zwischen 1. Oktober und 31. Dezember 1922 0,75 Goldmark für jede volle Tausend Mark der Körperschaftsteuerschuld f. das Geschäftsjahr 1921/22 oder 1922, bei einem Geschäftsabschluss zwischen 1. April und 30. September 1922 1,50 Goldmark bei einem Geschäftsabschluss vor dem 1. April 1922 3.— Goldmark

für jede volle Tausend Mark der Körperschaftsteuerschuld f. das Geschäftsjahr 1921/22.

Die Zahlung hat nach dem am Zahlungstag geltenden Goldumrechnungssatz für Reichsteuern zu erfolgen. Bei Zahlungsverzug über den 31. ds. Mts. hinaus ergibt sich auf alle Fälle Verzinsungspflicht. Kleinbeträge von weniger als 7 Goldmark werden nicht erhoben.

Hirsau, den 14. Dezember 1923.
Finanzamt: Voelter.

An die Gehaltsempfänger!

Für die zweite Dezemberhälfte erhalten die Beamten eine weitere Zahlung. Nach Weisung des Finanzministeriums muß diese Zahlung, da die Beschaffung der nötigen Mittel größte Schwierigkeiten bereitet, in zwei Teile zerlegt werden, von denen der eine möglichst auf 17. Dezember, der andere möglichst auf 21. Dezember gezahlt werden soll. Bei dieser Sachlage muß im Interesse einer raschen Abwicklung des Zahlgeschäfts ein einheitliches Zahlungsverfahren eingehalten werden und zwar werden sämtliche nicht am Sitz der Kasse wohnende Gehaltsempfänger erhalten:

- Den Papiermark-Betrag der Zahlung auf 17. Dezember mittels Postanweisung; den wertbeständigen Teil dieser Zahlung mittels Postscheckzahlung;
 - die Forderung für 21. Dezember voraussichtlich im vollen Betrag durch Postscheckzahlung.
- Barabholung an der hiesigen Kasse wolle bei diesen Zahlungen unterlassen werden.
14. Dezember 1923.

Staatsrentamt Hirsau
Widmaier.

Verhältniszahl vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt ab 16. Dezember 650 000.

Hirsau, den 14. Dezember 1923.
Finanzamt: Voelter.

Wand-Kalender

mit Markt-Verzeichnis des Bezirkes
sind in der Geschäftsstelle ds. Bl.
das Stück zu 10 Pfg. erhältlich.



Schlittschuhe,
Davofer-Schlitten
Karl Herzog,
Eisenhandlung.

Meine Wirtschaft

ist von heute ab wieder geöffnet.

Weinmann z. Lamm
Neuhengstett.

Zugelaufen ist mir ein Schnauzer

derselbe kann abgeholt werden innerhalb 3 Tagen geg. Futtergeld u. Einrückungsgebühr bei Straßenwart Staudter, Altburg.

Zwei kräftige intelligente

Lehrjungen

werden angenommen
Kunstschlosserei R. Diez
Pforzheim, Westendstr. 3.

Schönbürg bei Wildbad.

Schlafzimmer

tannen, solide Arbeit, sofort zu verkaufen.
Karl Weller.

Stadtgemeinde Calw.

Einwohnersteuer für 1923.

Der Gemeinderat hat auf Grund der Ministerialverfügung vom 11. Dezember 1923 am 13. ds. Mts. beschlossen, von allen bisher Steuerpflichtigen

eine Nachzahlung auf die Einwohnersteuer im Betrag von 3 Goldmark zu erheben.

Von der Nachzahlung sind befreit: Deutsche Kleinrentner und bedürftige Bezüher von Invaliden- und Anstelltenrente. Auf Antrag können ferner befreit werden Bedürftige, die zwar nicht unter diese Personengruppe fallen, deren Bedürftigkeit aber von der Verwaltungsabteilung des Gemeinderats anerkannt wird.

Calw, den 14. Dezember 1923

Stadtkulturreisneramt: Göhner.

Die Hausgebühren

sind ab 1. Januar 1924 auf Goldmark umgestellt worden. Der Wasserzins beträgt jährlich 1 v. H. der bisherigen Grundgebühren. Die neuen Sätze sind am Rathaus angeschlagen und können im einzelnen auf Zimmer 1 erfahren werden.

Calw, den 14. Dezember 1923.

Städt. techn. Werke.

Christl. Verein junger Männer Calw.



Öffentliche Weihnachtsfeier

am Sonntag, 16. Dez., im Vereinshaus. Beginn: 7 Uhr, Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pfg.

Ein Weihnachtsspiel aus der deutschen Geschichte u. a.

Montag Wiederholung des Weihnachtsspiels für Kinder. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 5 Pfg.

Der Ausschuss.

Hirsau.

Ich suche auf sofort oder später gut möbliert. heizbares

Zimmer

in Hirsau oder Calw und bitte um gest. Angebote
Not-Prakt. Wöhrner,
beim Staatsrentamt Hirsau.

Preiswert zu verkaufen

eine gute

3/4 Geige

mit Bogen und Kasten sowie einen

Sig- u. Liegewagen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

An unsere auswärtigen Bezüher!

Wir bitten unsere auswärtigen Leser, die ab 1. Januar unser Blatt weiter zu beziehen wünschen, ihre

Bestellung rechtzeitig zu erneuern,

damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Diejenigen Leser, die das Blatt gegen Geld beziehen, müssen ihre Bestellung bei den Poststellen und Postboten erneuern.

Die Naturalbezieher, die zu den erhöhten Sätzen bei dieser Bezugsart bleiben wollen, müssen ihre Bestellungen, soweit keine örtliche Annahmestelle vorhanden ist, bei unserer Geschäftsstelle in Calw erneuern.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Wegen vorgerückter Saison verkaufe ich sämtl. Winterhüte zu bedeutend herabgesetzten Preisen ferner empfehle ich

Damen-Strümpfe

in Seide und Wolle, sowie

Handschuhe

für Damen und Kinder und sonstige

pass. Weihnachtsgeschenke

Marie Dorn

Buz- und Modewaren
Untere Marktstraße



Für Weihnachten

Aussteuerwaren: weiß Damast für Bettbezüge weiß Halbleinen u. Baumwolltuch in schmal und breit für Haarpel und Leintücher weiße Hemdentücher in verschiedenen Größen u. Preislagen, farbige Bettzeuge, Handtuchzeuge

Paul Röhle, Calw.

Fr. Hennefarth, Tapezier- und Poliergeschäft.
Schulstraße 5 b. Rathaus.

Auswahl in Bettvorlagen, Polstermöbel

am Lager und auf Wunsch reiche Auswahl kurzfristig zur Verfügung. Aufarbeiten von Polstermöbeln jeder Art in und außer dem Hause.

Zu verkaufen tadelloser Damen-Wintermantel für jüngere Person. Zu erfragen bei Friseur Schütz, Liebenzell.

Zu verkaufen: Bettlade, Bettrost und Unterbett.
Nonnengasse 144.

Verkaufe am Montag, den 17. Dez. mittags 2 Uhr einen 6-jährig. Braun-Wallach schweren Schlags, mit jeder Garantie.
Paul Schaible Gchingen

2 bis 4 Zimmer numöbliert für Bürozwede sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Chiffre C. N. 294 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Junger Bullen 15-16 Jahre, zur Verwendung des Viehhalls (5 Stück Vieh) der möglichst auch melken und ein Pongfuhrwerk versehen kann, findet bei guter Verpflegung Stelle bei Frig Dötting, Brammweinbrennerei, Calmbach.

Ziehen Sie bei Ihren Weihnachtseinkäufen den Anzeigenteil unseres Blattes zu Rate!

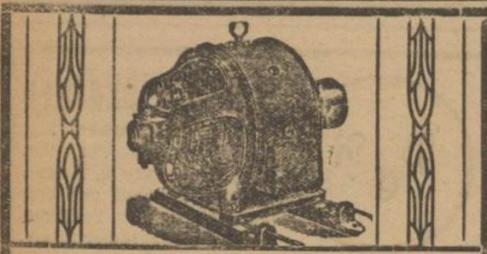
Die besten u. billigsten Waschmittel:



Schlatterer's Kernseifen,
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver.

Überall erhältlich.
Hersteller:
Ch. Schlatterer, Calw.

Leucht-Petroleum
Benzin, Benzol
Maschinenöl, Gasöl-
Boden-Oel
im Auftrag d. Ropa-AG.
Stuttgart noch einige
Faß günstig abzugeben
Vertreter:
Ritter-Drogerie Calw
Fernsprecher Nr. 163.



**ELEKTRO-MOTOR
REPARATUREN**
jeder Art wie: Neuankertigen von Lagern,
Neuwickeln, Umwickeln von Aluminium
in Kupfermotoren,
sowie die Installationen von
elektr. LICHT- und KRAFTANLAGEN
jeden Umfangs werden schnell und pünktlich
bei äußerst billiger Berechnung ausgeführt von:
FRIEDRICH DÜSS, NEUBULACH
Fernsprecher Nr. 8
**elektromechanische Werkstätte
und elektr. Installationsgeschäft**
Konzessioniert vom
Gemeindeverband Elektrizitätswerk Telnach
**Als passende
WEIHNACHTS-GESCHENKE**
empfehle ich noch:
elektr. Haushaltbügeleisen mit 2jähriger Garantie 10 G.M.
elektr. Kocher, Aluminium, 1 Liter 13 G.M.
elektr. Kocher, Messing vernickelt,
1 Liter 16 G.M.

**Empfehle für Weihnachten
als Spezialität meinen altbekannten
Calwer Zwieback
Hermann Siebenrath.**

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

**Für
Weihnachten**
Tischdecken
Kuhebetdecken
Wolldecken
Bettvorlagen
Paul Rüdtele, Calw.

Große Auswahl in Geschenkliteratur	Ich binde Ihre Bücher sauber solide elegant billig geschmackvoll	„Elegant“ Bestes Brief- Papier für den täglichen Bedarf	Zeitschriften jeder Art Musikalien Bilder gerahmt und ungerahmt
---------------------------------------	--	---	---

Buchhandlung Ernst Kirchherr, Calw
Eigene Buchbinderei
Fernsprecher 155

Damen- und Mädchenhüte
Elegante Sportwesten
Sport-Schals mit Mützen
Jumpers
Pelzwaren
**Geschwister Gutmann
Pforzheim * Westl. 28**

**Laubsägegarnituren
Werkzeugkasten
Schraubstöckchen**
als Weihnachtsgeschenke sehr
empfehlenswert.
Carl Herzog, Eisenhandlung.

Als Geschenk passend:
empfehle ich zu ermäßigten Preisen:

**Gerahmte
Bilder, Radierungen
in allen Größen
Spiegel
in allen Ausführungen, sowie
Waschtisch-
und
Schrankspiegel**

Gottlob Dorn, Glasermeister
Einrahmungen aller Arten, von der
einfachsten bis zur modernsten Bilder-Leiste.

Keine Sorge ums Brot
bei Anschaffung eines
Weber-Brotbackers
kocht, brätet u. backt
die schwersten Brote.
Anton Weber, Ellingen.

Zu Weihnachtsgeschenken
besonders geeignet sind meine
bekannte, warme
**Schnallentiefel u.
sonstige Lederwaren**
für Erwachsene und Kinder.
Kommt in die Haggasse!
Karl Stoll, Haggasse.

Stolzenberg-Fortuna
die deutsche
**Schnell-
Schneidemaschine**
Vertr. G. Köbele, Nagold,
Fernsprecher 126.

Wir liefern zum billigsten
Tagespreise:
**Vorlagsteine,
Mauersteine,
Pflastersteine,
Kunststeine,
Bahnschotter,
Straßenschotter,
Flickschotter,
Betonierschotter,
Grus und Sand.**
Schotter- & Steinwerk
Malsheim, G. m. b. H.,
Malsheim D. A. Leonbg.

Felle
von
**Marber, Fuchs,
Illis, Hajen,
Ranin, Maulwurf**
u. w. kauft
zu höchsten Tagespreisen
da Selbstverarbeitung.
**Karl Schrempf,
Rüchenermeister,
Pforzheim,
Westl. 22. Fernspr. 877.**

Für Weihnachten
Schürzen aller Art
in schwarz und farbig
für Kinder und Erwachsene
**Knabenschürzen
Unterrocke**
Paul Rüdtele, Calw.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Morgen Sonntag, mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr:
Der Liebe Pilgerfahrt.
Eine schlichte Begebenheit, in einem Vorspiel und
5 Akten, von Karl Figdor.
Mit Beiprogramm: **Schaplin im Kino,
Zwei Junggesellen und ein Mädchen.**
Siehe Reklame am Bad. Hof.

Damen- u. Mädchenhüte
zu herabgesetzten Preisen
Emilie Dollinger, Calw
vormals: Carl Kleinbusch

Musikhaus Griebmayer
Westl. 9 **Pforzheim** b. Markt
Größtes und ältestes Musikhaus
am Plage
Vorteilhafteste Bezugsquelle
für alle Musik-Instrumente
Größte Auswahl Billige Preise
Piano- u. Harmoniumlager

Christbaumständer
Reiche Auswahl. Vorteilhafte Preise.
Carl Herzog, Eisenhandlung.

Passende Weihnachtsgeschenke
Gesichtsseifen einfach und in Packungen
Zahn-, Haar- u. Handbürsten
Kämme, Brillantine, Haaröl
Haarwasser aller Art
Rasierapparate
Rasierseifen, Rasierpinsel
Schwämme
Zahnpasten, Mundwasser
Köln. Wasser, Parfüm
und andere Toilette-Artikel
empfiehlt
Ritter-Drogerie Calw Fernsprecher
Nr. 163.